

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 6.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 15.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Wagelgen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die gepaltene Nonpareilgröße oder deren Raum mit 200.000, die Reflamgröße mit 200.000, berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Beitreibung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Müller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Begründet 1878

Nr. 30

Nastätten, Samstag, den 11. März 1922

45. Jahrgang

Lloyd George.

Von einem Auslandsdeutschen.
Die deutsche Presse konstatiert mit Augurenäueln, daß Herr David Lloyd George den Husten bekommen habe. Eine diplomatische Krankheit meint jeder. Er will also doch gehen. Niemand überlegt, daß die meisten Menschen heute eine Anwartschaft auf Heiserkeit und Schnupfen und Bronchialkatarrh haben, und daß Lloyd George in der Tat krank sein könnte, mindestens aber am vielen Sprechen behindert. Die Frage lautet aber, ist es möglich, daß sich dieser Husten zu einer politischen Krankheit auswächst? Das wäre kein Wunder, denn die Arbeitsleistung des englischen leitenden Ministers ist seit seinem Amtsantritt sicherlich so bedeutend gewesen, daß Ermüdungserscheinungen an sich nicht überraschend wären. Indessen ist die Frage der Ermüdung auch keine der inneren Politik, sondern eine Angelegenheit der äußeren Politik Englands. Lloyd George gilt auch heute noch als der Mann, der den Krieg gewonnen hat; und an dieser Tatsache ist nicht zu zweifeln. Seine persönliche Tatkraft und Energie ist letzten Endes für das Nichterlahmen des Kampfwillens der Alliierten die ausschlaggebende Ursache gewesen.
Die Kriegspolitik Englands war jedoch ein Vermächtnis, das Lloyd George bei seinem Amtsantritt vorgefunden hatte. Die Aufgabe als solche war gestellt, er hatte fortzuführen, was eingeleitet worden war. Seine persönliche Energie war Mittel zum Zweck. Er war der Diener der englischen Politik. Seit dem Friedensschluss von Versailles scheint es, als hätte er eine Reihe von Möglichkeiten verpasst, um dem englischen Weltreich diejenige Geltung zu verschaffen, die englischen politischen Interessen mit der Zielstrebigkeit zu vertreten, die notwendig gewesen wäre, um dem sich immer weiter ausdehnenden Kontinental-Imperialismus die Schranken zu setzen. In England herrschen unbeschreibliche Zustände. Eben hört man, daß wiederum die Aussperrung von 400 000 Arbeitern droht. Das Elend der arbeitslosen Massen ist groß. An diesen Zuständen ist, wie jedermann weiß, die auswärtige Lage Englands zum allergrößten Teile verantwortlich und für sie macht man gegenwärtig Herrn Lloyd George verantwortlich. Man sagt, er gäbe auf der ganzen Linie nach, opiere die Lebensinteressen Englands selbst dort, wo es nicht notwendig wäre. Kurzum, man ist mit seiner staatsmännlichen Haltung nicht zufrieden. Darin bestehen dann auch die sogenannten innerpolitischen Schwierigkeiten, die aber in Wirklichkeit nur ein Spiegelbild der eben gekennzeichneten außenpolitischen Verhältnisse sind.
Sein Bleiben oder Nichtbleiben wird sich demnach nicht an der innerpolitischen Beurteilung der Situation entscheiden, sondern an der Beantwortung der Frage: Kann ein anderer leitender Minister die außenpolitische Lage Englands soweit bessern, daß die politische Macht des englischen Reiches wieder in Einklang kommt mit seinen Ansprüchen und seiner Ausdehnung. Die Antwort darauf lautet, daß an der gegenwärtigen Lage des englischen Reiches nichts zu ändern ist. Es handelt sich nicht um eine Personenfrage, es handelt sich um eine Machtfrage. Auch Herr Lord Milner oder Curzon oder Balfour kann die Tatsachen, auf denen die englische Politik beruht, nicht ändern, aber keiner von ihnen hat eine solche Reihe von Leistungen aufzuweisen, wie Lloyd George. Er besitzt keine offensiblen Schwächen. Ihm fehlt die und da die innere Hemmung, die den Staatsmann von ganz großem Ausmaß ausmacht, aber ihm eignet die Fähigkeit, Menschen zu behandeln, er ist der geschickteste politische Taktiker, den England gegenwärtig besitzt. Und zwar in einem Ausmaß, wie es gegenwärtig nirgendwo zu finden ist. Das aber ist es gerade, was England in seine gegenwärtige Lage bringt. Und diese Erkenntnis wird sich mit dem Fortschreiten der Krisis allgemach verbreiten. Man hat dem persönlichen Programm kein positives politisches Programm entgegenzustellen. Könnte man das, Lloyd George wäre schon längst nicht mehr Premierminister.

Was Deutschland gezahlt hat.

6,5 Goldmilliarden nach Berechnung der Reparationskommission.

Die Reparationskommission veröffentlicht eine Aufstellung der seit dem Waffen-

stillstand bis Ende Dezember 1921 von Deutschland geleisteten Zahlungen. Es handelt sich dabei um 1. Geldleistungen, 2. Sachleistungen und 3. die Anrechnung von Reichseigentum in den losgetrennten Gebieten.

An Geldleistungen haben wir nach den Berechnungen der Reparationskommission bisher gezahlt 1184 Millionen Goldmark, an Sachleistungen 2799 Millionen und für abgetretenes Staatsgut werden angerechnet 2504 Millionen. Das gibt eine Gesamtsumme von 6488 Millionen Goldmark.

In dieser Aufstellung sind also nicht einbezogen die von Deutschland zurückgelassenen Gegenstände, die von Deutschland an die Ausgleichsämter geleisteten Zahlungen (Art. 296 des Versailler Vertrages), die Geld- und Sachleistungen, die direkt den Besatzungstruppen zugeführt worden sind, die von Deutschland für die verschiedenen Kommissionen geleisteten Zahlungen.

Wie die Reparationskommission mitteilt, werden diese 6,5 Goldmilliarden angerechnet für Rückzahlung der gemäß Abkommen von Spa von einzelnen Ententestaaten geleisteten Vorschüsse zum Zweck der Erleichterung der Kohlenlieferungen, und zwar im ungefähren Betrage von 390 Millionen Goldmark, ferner als Deckung der Kosten der Besatzung bis zum 1. Mai 1922, soweit diese Kosten nicht durch direkte Zahlungen von Deutschland an die Besatzungsarmee in Form von Papiermark und Sachleistungen gedeckt worden sind, und der Rest auf Reparationskonto.

Amerika und Genua.

Es wird doch teilnehmen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihre Antwort auf die Einladung zur Teilnahme an der Genueser Konferenz jetzt fertiggestellt. Im Weißen Hause wird erklärt, daß die Verzögerung der Antwort auf die Absicht des Staatssekretärs Hughes zurückzuführen war, der sich einige Zeit auf den Bermudainseln befand.

Hierzu erfährt „Petit Parisien“ aus Washington, man nehme dort an, daß Amerika nach Genua nicht bloß in der Eigenschaft eines stummen Beobachters, wie es Botschafter Harvey in Cannes war, gehen werde, sondern daß die Vereinigten Staaten auf der Genueser Konferenz, wenn auch unter Vorbehalt, eine aktive Rolle spielen werden.

Der endgültige Beginn der Genueser Konferenz.

Der „Temps“ bestätigt die Meldung des „Matin“, daß die italienische Regierung mit dem 10. April, dem Eröffnungstermin der Konferenz von Genua, einverstanden ist. Die neuen Einladungen für dieses neue Datum sollen demnach an alle Staaten Europas verfaßt werden, und zwar auch an Deutschland und an Rußland. Die „Liberie“ glaubt übrigens, daß am 10. April nur eine Eröffnungsfeier abgehalten wird, und daß dann der Beginn der eigentlichen Verhandlungen über die Offertage bis zum 18. April ausgesetzt werde.

Kathenaus Außenpolitik.

Das Reparationsproblem.

Der neue Reichsaußenminister Dr. Rathenau hielt im Hauptauschuß des Reichstages eine längere Rede über die Reparationsfrage. Nach seinen Darlegungen geht die Regierung davon aus, daß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden müsse, den ehemaligen Geanern zu zeigen, daß Deutschland bereit sei, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Die Erfahrung hat, fuhr Rathenau fort, gezeigt, daß die Fragestellung: „Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Erfüllung?“ für das Reparationsproblem überhaupt nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Vielmehr hat sich ergeben, daß eine weitere Frage bedeutend schärfer hervortrete, nämlich die: wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands

überhaupt für die übrigen Völker erträglich sei, denn die auf den Weltmarkt gebrachte Zwangsarbeit eines Landes führt dazu, den gesamten Markt der Erde zu zerrütten. Psychologisch habe sich das Vorgehen der Regierung als richtig erwiesen. Die Sprache der Tatsachen sei so stark gewesen,

daß heute in allen Ländern das Reparationsproblem von neuem studiert werden müsse. Gerade in diesem Moment schweben Verhandlungen darüber, auf welches Maß die Reparationen für das Jahr 1922 begrenzt werden sollen.

Ueber Genua erklärte Rathenau, daß er nie erwartet habe, es könne einem aus vierzig nicht durchweg am Friedensvertrag beteiligten Nationen bestehenden Gremium, wie es die Genueser Konferenz darstelle, das Reparationsproblem und der Friedensvertrag zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Das sei für Genua niemals der Ort gewesen, wohl aber werde die Möglichkeit gegeben sein, daß in Genua die allgemeinen Ursachen der Weltzertrümmung erörtert würden und daß die Nationen gemeinschaftlich nach solchen Wegen suchten, die zu einer Befundung des gesamten Kontinents führten. Praktisch werde Genua vermutlich das erste Glied einer Serie von Konferenzen sein, die voraussichtlich dieses Jahr oder das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden.

Zum Reichsmietengesetz.

Wer seine langjährigen Erfahrungen als Hausbesitzer und als Mieter hat, kann seinen Zeitgenossen keinen besseren Rat geben, als den, daß für vier Jahre beschlossene neue Reichsmietengesetz stillschweigend auf sich beruhen zu lassen und unter Ausbietung von allem gutem Willen die bisherige Gewohnheit beizubehalten. Bei beiderseitigem Verständigungswillen und geordneter Wirtschaft kommen Hausbesitzer und Mieter viel ruhiger und billiger miteinander aus, als nach den Paragraphen des neuen Gesetzes.

Besonders in Mittel- und Kleinstädten, wo nicht nur die Mehrzahl der Häuser weniger Mieter hat, sondern auch das Wohnhaus nicht ein solches Spekulationsobjekt darstellt, wie in der großen Stadt. Es sind auch in der Mittel- und Kleinstadt viele „kleine Leute“ Hausbesitzer, denen am allerwenigsten daran liegt, nach Gesetzesbestimmungen ihre bisherige, noch oft patriarchalische Hauswirtschaft zu ändern.

Das neue Gesetz soll dem Hausbesitzer die Mittel geben, sein Anwesen vor Verfall zu bewahren, den Mieter vor allzu hohen Mieten zu schützen. Das ist gut gedacht, aber das Gesetz kann doch nicht die in den Zeitverhältnissen liegenden hohen Hauskosten notwendigen Charakters vermindern, diese müssen aufgebracht werden. Das neue Mietgesetz gestaltet nun Vermietern wie Mietern, an Stelle der bisher vereinbarten Miete deren gesetzliche Fortsetzung zu fordern. Diese gesetzliche Miete nimmt die Miete vom 1. Juli 1914 (ohne Betriebs- und Instandhaltungskosten) als Grundlage an, zu der aber Zuschläge für die heute leider recht beträchtlichen Kosten gefordert werden können. Diese Kosten sind Steuern (die heutigen Gebäudesteuerzuschläge sind sehr hoch), Abgaben (Wasser, Kanalisation, Wasser, Müllabfuhr, Schornsteinfeger, Treppenbeleuchtung, Straßenreinigung usw.), und dann das große Kapital der laufenden Reparaturen. Die Rechnungen über die Ausbesserungen während dieses letzten strengen und stürmischen Winters werden von den meisten Hausbesitzern mit Schaudern betrachtet. Auch die oft beträchtlich gestiegenen Hypothekenzinsen kommen bei dem Zuschlag für die Mieter in Anrechnung. Außer diesem ersten Zuschlag wird den Mietern aber noch ein zweiter für die großen Instandsetzungsarbeiten (Hausanstrich, Dachdecken usw.) auferlegt, aus dem ein Fonds unter dem Namen „Hauskonto“ gebildet wird. Endlich können die Städte auch noch eine besondere Abgabe erheben zur Förderung des Wohnungsbauens, für große Reparaturen, Beihilfen usw. Wer die Möglichkeit der Preise dieser Unkosten prüft, wird einsehen, daß die Zuschläge recht hoch werden können, und daß eine Einigung, die auf gutem Willen basiert, vorzuziehen ist.

Damit die Abgaben auch für die Zwecke verwendet werden, zu denen die Abgaben bestimmt sind, können die Mieter eine Vertretung einlegen, die die Abgaben kontrolliert. Diese Vertretung ist bei einer kleinen Mieterzahl natürlich ebenso überflüssig wie die Kontrolle der Ausgaben. Der Hausbesitzer und die Mieter, die täglich miteinander sprechen können, die sehen, was im Hause geschieht, kennen in Mittel- und Kleinstädten in den meisten Fällen einander genau und brauchen keine feierlichen Konferenzen abzuhalten. Die Miet-

tervertretung soll auch bei Streitigkeiten vermitteln, um den Weg zum Mietvereinigungsamt zu verhüten. Bei gutem Willen geht es jetzt so, bei schlechtem Willen können sich die Gegenseite nur verdrängen. Auch die Räume für gewerbliche Betriebe fallen unter das Gesetz, doch kann für diese eine Mieterhöhung von vornherein erhoben werden.

Wie man sieht, wird mit allen diesen Abgaben und bürokratischen Vorschriften das Wohnen nicht billiger, die Miete des reichlich geplagten Hauswirts wird größer, und Hausbrüder gewinnen einen weiteren Spielraum. Auch unter den Mietern! Wenn A. B. einer von ihnen unordentlich wirtschaftet, so treffen die Ausbesserungen dafür in den Zuschlägen alle Mieter. Das ist keine angenehme Aussicht, aber ein sehr leicht möglicher Fall, besonders bei Wasser, Licht, Klosettbenutzung, Ofenbeheizung usw. Es weiß außerdem jeder, wie leicht eine Wohnung bei Unsauberkeit abgewohnt ist. Dagegen hilft kein Paragraph, es beugt allein die erforderliche Einsicht vor.

Der Schlüssel zu allen Mietesverdriehlichkeiten ist der Mangel an Wohnungen. Daß mit diesem Mietgesetz der Wohnungsbau gefördert wird, ist aber kaum zu erwarten.

Gewerkschaftsforderungen.

Ausbesserung der Beamten und Staatsarbeiter.

Die fünf großen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Afa-Bund, der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring übermittelten der Reichsregierung eine schriftliche Eingabe, in der mit Rücksicht auf die gewaltig fortschreitende Teuerung sofortige Verhandlungen über eine angemessene Erhöhung der Grundgehälter und Grundlöhne des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe gefordert wird.

In der Eingabe werden keine ziffermäßigen Forderungen aufgestellt, dagegen wird gesagt: „Die Gewerkschaften behalten sich vor, zu Beginn der noch festzusetzenden Verhandlungen ihre Vorschläge vorzulegen und entsprechend zu begründen. Mit Rücksicht auf die unter den Beamten und Arbeitern vorhandene große Erregung wird ein rasches Handeln und die sofortige Festlegung des Verhandlungstermins verlangt.“

Die Presse in Not!

Die gefährdende Inkeratensteuer.

Im Reichstagsauschuß für Steuerfragen ist der Antrag der Demokraten und des Zentrums, die Inkeratensteuer völlig zu streichen, abgelehnt worden. Wenn das Plenum diesen Beschluß nicht revidiert, dann trifft ein schwerer Schlag das notleidende Zeitungsgewerbe. Gerade die Inkeratensteuer, die die wichtigste Einnahmequelle der deutschen Zeitungen empfindlich schädigt, ist eine Sonderbelastung eines Gewerbes, das im Dienste der Öffentlichkeit unentbehrlich ist. Es bleibt ganz unverständlich, was den Steuerauschuß veranlaßt hat, die Bedeutung der Presse für Politik, Wirtschaft und Wiederaufbau zu ignorieren und eine pressfeindliche Politik durch Ablehnung des vernünftigen Antrages zu eröffnen.

Die deutsche Presse hat sich, obwohl die Preise für ihre notwendigen Materialien sprunghaft in die Höhe gegangen sind, noch immer frampfhaft bemüht, ihre Preise gegenüber der allgemeinen Teuerung auf ein lächerlich niedriges Maß zu halten. Sie ist dadurch in eine Notlage von unvergleichlicher Schwere gekommen. Es sollte daher eigentlich Pflicht der maßgebenden Gesetzgeber sein, die Presse von jeder Sonderbesteuerung zu verschonen und ihr in ihrer wirtschaftlichen Bedrängnis zu Hilfe zu kommen. Die deutschen Staatsmänner können in der Beziehung viel vom Auslande lernen, wo Besteuerungen der Presse ganz undenkbar sind.

Tagung der Zeitungsverleger.

Diese und andere für das Zeitungsgewerbe immer bedrohlicher werdenden Gefahren veranlassen den Verein Deutscher Zeitungsverleger, zum Montag, den 13. März 1922, eine außerordentliche Hauptversammlung nach Weimar (Saal der Erholung) einzuberufen, an der

teilzunehmen er auch die Zeitungsverleger... bittet, die ihm als Mitglieder nicht angehören...

Durch Arbeit zur Freiheit.

Der dritte Tag der Leipziger Messe... Der dritte Tag der Leipziger Messe erlebte durch die Anwesenheit des Reichspräsidenten...

Bei unserem heutigen Rundgang... Bei unserem heutigen Rundgang — so führte der Reichspräsident u. a. aus — ist uns allen unaußsichtlich der tiefe Eindruck...

Für eine gesunde Weiterentwicklung... Für eine gesunde Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft sind bei uns alle Voraussetzungen gegeben...

Aber alle gesunden Kräfte, die in unserem Volke leben... Aber alle gesunden Kräfte, die in unserem Volke leben, und die an sich geeignet sind...

Berpflichtungen des Berliner Friedensvertrages

aufgelegt sind. Es ist ihnen bekannt, daß die Reichsregierung dem Obersten Rat der Siegerstaaten offen erklärt hat, daß Deutschland bei bestem Willen und ernstlicher Bemühung Ermäßigung der uns in London auferlegten Zahlungen beanspruchen muß...

Krieg auf dem Gebiete der Wirtschaft zum Unheil von ganz Europa fortgesetzt werden soll. Wir wollen auch jetzt noch hoffen, daß es gelingen wird, die großen Schwierigkeiten, die unsere wirtschaftlichen Kräfte an ihrer Ausübung hemmen, und die nicht nur ein Hindernis der deutschen Wirtschaft, sondern der Weltwirtschaft überhaupt sind...

Konferenz in Genäa möge dafür vorbereitende Schritte tun. Jedenfalls sind wir für unsere Teil bereit, aufrichtig und ehrlich an dieser Aufgabe mitzuarbeiten.

Gute Erfolge auf der Messe.

Die Berichte über die ersten Tage der Leipziger Messe lauten sehr günstig. Am dritten Tage hat sich die Zahl der abgegebenen geschäftlichen Messeausweise um weitere 10.000 erhöht...

vornen können. Die Metallindustrie verzeichnet eine große Zahl neuer Geschäftsanfahrungen, das gleiche gilt von der Armaturenindustrie.

Ausklang der Lutherfeier.

Die Wittenberger Luther-Gedächtnisfeier fand am Montag ihren Abschluß. Der letzte Tag brachte nach einer von dem Dänen Dr. Jörgensen gehaltenen Frühandacht in der Schloßkirche eine außerordentliche Sitzung in der Luthergesellschaft im Melanchthongymnasium...

Den Abschluß und Höhepunkt der ganzen Feier bildeten die Ausführungen, die der schwedische Erzbischof Dr. Soederblom in der Staatskirche machte über die Bildung einer internationalen evangelischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft...

In dieses großzügige Zukunftsprogramm klang die Wittenberger Feier ein, die eben dadurch bewiesen hat, daß sie nicht bloß zurückschauender Art ist...

Preussischer Landtag.

Im Landtage geht es zunächst noch immer um die langt in Spanien ihrer Verurteilung harrenden Mörder der Ministerpräsidenten Dato. Erst nach einer ungewöhnlichen Debatte läßt man die Aussprache über die Auslieferungssache...

In 2. und 3. Lesung stimmt das Haus dem Gesetzentwurf über die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Förderung von Bodenverbesserungen zu. Das Haus beschäftigt sich sodann mit dem Gesetzentwurf über die Eingemeindung der Landgemeinde Worringen in die Stadtgemeinde Köln...

Einige kleinere Vorlagen werden an die Kommissionen verwiesen. An den Ausschüß geht auch der Gesetzentwurf über die Abänderung des Mittelschullehrer-Dienst-einkommengesetzes...

Berlin, 8. März 1922.

Der sozialdemokratische Abg. Gaertig eröffnet die Debatte über den Abschluß „Volksschulwesen“ des Kultusministeriums, indem er gute kulturelle Pilege für die Arbeiterkinder verlangt...

Frau v. Kulesza (D. Sp.) verlangt Erziehung zum Staat und zum Deutschtum. In Erziehungsfragen dürften keine politischen, sondern nur pädagogische Momente maßgebend sein...

Kultusminister Dr. Voelckh äußert sich über die Not der Junglehrer, von denen rund 55 Prozent ohne Beschäftigung sind. Schuld daran ist der verlorene Krieg und der Friedensvertrag...

Der Unabhängige Holtz behauptet diesen Zahlen gegenüber, daß die religiöse Freiheit der Lehrer wie der Schüler noch nicht genügend sichergestellt ist. Nachdem der Demokrat Einzel noch einige Reformforderungen vorgebracht hat, gehen die wenigen noch anwesenden Abgeordneten auseinander...

Deutsches Reich.

Die Deutsche Irene in Nordschleswig. Das deutsche Mitglied des dänischen Reichstags, der nordschleswigsche Pastor Schmidt-Wobder, sprach kürzlich in Hambura-Wandsbek über „Deutsche Politik in Nordschleswig“...

in Nordschleswig. Der Redner bemängelte zunächst die deutsche Politik mit Nordschleswig vor dem Kriege bei den Verhandlungen mit Dänemark. Die letzte Lage bezeichnete er als für jeden Deutschen unerträglich und unannehmbar...

Das neue Bekenntnis der evangelischen Kirche. Der Verfassungsausschuß der altprotestantischen Landeskirche hat seine Arbeiten beendigt. Als Einleitung für den von ihm fertiggestellten Verfassungsentwurf stellte er folgende Bekenntnissätze auf:

„Getreu dem Erbe der Väter steht die Evangelische Kirche Preußens auf dem in der Heiligen Schrift gegebenen Evangelium von Jesus Christus, dem Verkündigten und Auserwählten, unserem Herrn und Heiland, wie ihm die Bekenntnisse der Kirche insonderheit von den altkirchlichen das Apostolische Glaubensbekenntnis, von den reformatorischen das Augsburger Bekenntnis, der kleine Katechismus Luthers und der Heidelberger Katechismus usw. bezeugen und bekennen.“

Die Vollversammlung wird etwa im Juni zusammentreten.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hielt unter sehr starker Beteiligung am Dienstag im großen Saal der Kölner Bürgergesellschaft ihre diesjährige Tagung ab. Sie begann mit einer geschlossenen Mitgliederversammlung, die der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Dr. Sorge, leitete...

Berliner Uebergriffe in Bayerns Polizeihohheit? Im Hauptauschuß des bayerischen Landtages gab der Minister des Innern Dr. Schweyer als Antwort auf eine Anfrage über die Tätigkeit nichtbayerischer Polizeibeamter in München bei der Erzberger-Untersuchung und in anderen Fällen eine längere Erklärung ab...

Volkssammlung für das nolleidende Alter. Die großen landwirtschaftlichen Verbände und Genossenschaften, darunter auch der Reichslandbund, erlassen einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem es heißt: „In einer Zeit, wo unser Volk sich ernsthaft bemüht, die Not des Kindes und der Jugend zu lindern, läuft es Gefahr, seine Pflicht gegen das Alter zu vergessen.“

Der Oberreichsanwalt und Rapps Selbststellung. Der Oberreichsanwalt hat in bezug auf das Ersuchen Rapps um freies Geleit und Verhörung mit Unternehmungslust seine Stellungnahme noch nicht...

istgelegt und beim Oberreichsanwalt noch keinen Antrag gestellt. Augenblicklich ist die Sache noch in der Schwebe. Der Oberreichsanwalt vermag deshalb auch nicht die Öffentlichkeit davon zu unterrichten...

Die bolschewistische Agitation in Deutschland. Die deutsche Regierung hat bei der bolschewistischen Delegation protestiert wegen verschiedener unerwünschter Handlungen derselben. So hat a. B. die Delegation eine Anzahl Russen, welche ohne Erlaubnis der deutschen Regierung nach Deutschland einreisten, Ausweisung ausgestellt...

Der Kreis Bayern der Deutschen Studentenschaft hat für den 10. und 11. Juni nach Jena einen außerordentlichen Deutschen Studententag zur Schaffung einer neuen Verfassung für die deutsche Studentenschaft einberufen.

Das französische Generalkommissariat für Elsaß-Lothringen hat erneut über 45 in Straßburg wohnende Deutsche die Ausweisung verfügt.

Ausland.

Italien. Faschistische Zeitungsstremer. In Genua drangen etwa 150 Faschisten in die Redaktion des reformsozialistischen Blattes „Lavoro“ ein und richteten dort große Verwüstungen an. Ein gleicher Anschlag auf den „Avanti“ konnte durch die Polizei abge- schlagen werden...

England. Balfour für Lloyd George. Am Dienstag hielt auf einer Zusammenkunft der englischen Unionisten in der Londoner City der konservative Minister Balfour die mit Spannung erwartete Rede über die Lösung der innerpolitischen Krise. Er trat warm für die Beibehaltung der bisherigen Koalition unter Lloyd Georges Führung ein...

Australien. Australische „Humanität“. In bezug auf leider nur zu berechtigten Klagen, die von deutscher Seite wegen der Vertreibung Deutscher aus den früheren deutschen Kolonien erhoben worden sind, erklärte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten des australischen Staatenbundes: Australien habe die expatrierten Deutschen nicht nur gerecht, sondern sogar human (!) behandelt...

Heimatliches.

Rastätten, 10. März 1922. Schwarzwanderraste Anzeigen enthielten die letzten Nummern unseres Blattes in rascher Folge — der Zug des Todes gibt sich kund durch dieselben, und bitteres Weh und Herzeleid zieht ein mit ihnen in Haus und Familie...

Rivalinnen.

Roman von Rudolph Eich.

Das war bei dem traurigen... ich stehen geblieben und schaute...

Guten Morgen — oder vielmehr guten Tag... sagte sie, indem sie Hans...

Testament zu eröffnen. Es erscheint mir so... Ihr Herr und Weise war ganz...

allen andern jettlich getraut sein konnte, der... als Freund zu zeigen.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes...

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 14. März 1922, findet im „Hotel Suntrum“ hier von 11—4 Uhr...

Bekanntmachung.

Die Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angestellten-Versicherung...

Bekanntmachung.

Der Herr Preussische Staatskommissar für Volksernährung hat durch Erlaß vom 7. ds. Mts. 7 d 116 II...

Bekanntmachung.

Das Notgeld der Stadt St. Goarshausen ist zur Einziehung aufgerufen und verliert mit dem 31. März 1922 seine Gültigkeit...

Portland-Bement

eingetroffen! With. Gill, Nastätten. Eierleg-Pulver empfielst. Amts-Apotheke Nastätten.

Verein „Aurora“ Nastätten.

Samstag, den 11. März 1922, abends 8 Uhr Monats-Versammlung im Gasthaus „Zur Elise“.

Dachdecker-Lehrling

Christian Werner, Nastätten. Diejenigen Knaben und Mädchen, welche Eltern aus der Schule entlassen werden...

Frauenschal

am Sonntag auf der Straße Niederwallmenach-Bogel verloren. Der Finder wird um Rückgabe gegen Belohnung gebeten.

Lehrlinge

Kampf & Spindler Seidenstoff-Fabrik Nastätten. Junge Frau sucht Stellung für Haus-Arbeit.

Kauf

Hans Jehle, Lord im Rheingau Weingutsbesitzer — Weingroßhandlung. Wir offerieren: Weiß- und Rotweine...

Stottern

ohne Altersunterschied sehr bald zu beseitigen, ohne Berufsstörung und ohne Anstaltsbesuch. (D. R. P.) Sende jedem Interessenten meine Broschüre...

Damen-Portemonnaie

mit 90 Mark von der Apotheke bis zur Spenglerlei Wegand von Minderbemittelten verloren. Abzugeben gegen Belohnung...

Kochstämme

hat abzugeben Phil. Stuger, Mischen. Ein fast neuer einspänniger Kuhwagen...

Blumen

in Töpfen, wie: Alpenveilchen, Primula, Geranien usw. usw. empfiehl Gärtnerei E. Wölfert. Nastätten: Oberstraße.

Siegel-Ring

mit dem Buchstaben G (im Ringel) verloren. — Wiederbringer erhält gute Belohnung...

Blütchen

Milseer, Pusteln, sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten und Hautausschläge verschwinden beim täglichen Gebrauch...

Holz versteigerung.

Mittwoch, den 15. März 1922, vormittags 11 Uhr anfangend, kommen im Niedermeißinger Gemeindefeld...

Holz versteigerung.

Freitag, den 17. März 1922, vormittags 11 Uhr anfangend, werden in dem Forner Gemeindefeld...

Table with 2 columns: Quantity (132 Stangen, 55, 660, 2710) and Price/Classification (3. Klasse, 4., 5., 6.). Includes text: „Die Stangen sind sehr guter Qualität und lagern auf sehr guter Abfahrt.“

Kaufen

Benzin-Motore gegen Eintausch von Elektro-Motore Lieferung von Landwirtsch. Maschinen Schrot-Mühlen Kreis-Sägen sowie kompl. Transmissionen betriebsfertig. G. Taube & Co. G. m. b. H. Licht- und Kraft-Anlagen St. Goarshausen a. Rh.

Advertisement for C. Mand pianos. Features image of a piano. Text: „Flügel Mand - Knauss - Kappler in h. Friedens-Qualität zu bequemen Zahlungsbedingungen. C. MAND Telefon 5 - COBLENZ - Schlossstr. 36-38“